

Sicherheit und Teilhabe – Sechs Handlungsfelder für die saarländischen Kommunen

Autorinnenpapier von Jeanne Dillschneider



Sicherheit in unseren Kommunen ist ein entscheidender Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dafür braucht es jedoch gezielte Strategien, die eine differenzierte Betrachtung auf die Probleme erlaubt und die Kommunen bei der Erfüllung ihren Aufgaben entlastet. Die bisherigen Leistungen der SPD-Landesregierung lassen bisher zu wünschen übrig.

Polizei endlich stärken

Die Länder sind für die präventive und repressive Bekämpfung der Kriminalität zuständig. Trotzdem fühlen sich viele Kommunen mit der Verantwortung für die Sicherheit vor Ort allein gelassen. Der über die Jahre hinweg fortgeführte **Sparkurs bei der saarländischen Polizei** sorgte dafür, dass die Beamtinnen und Beamten zunehmend überlastet wurden. Gemäß einer Anfrage der CDU-Fraktion kündigten in den letzten 5 Jahren 18 Polizisten das Beamtenverhältnis auf. Es herrscht weiterhin ein Personaldefizit. Im Vergleich zu vor 30 Jahren sind 1000 Polizist*innen weniger angestellt. Gleichzeitig liegt die saarländische Hauptstadt bundesweit auf Platz 5 bei den registrierten Straftaten in Großstädten.

Auch die Potenzialanalyse kann nicht über die Defizite hinwegtäuschen. Dabei ist besonders die desaströse Kommunikation hervorzuheben: Die Polizei erfährt die Ergebnisse nur über die Presse, auch die Bürger:innen bekommen die Potenzialanalyse nicht in Gänze präsentiert.

Die dringend notwendige **Verbesserung der Bezahlung sowie die Aufstockung der polizeilichen Infrastruktur und des Personals** müssen an erster Stelle stehen. Eine zweite Bewerbungsphase für die Neueinstellungen würde die saarländische Polizei als potenziellen Arbeitgeber attraktiver machen.

Es braucht dringend eine ausreichende Polizeipräsenz in der Fläche, um effektiv Sicherheit zu gewährleisten. Ziel muss sein, künftig wieder rund um die Uhr geöffnete Polizeiwachen als Anlauf für die Bevölkerung gewährleisten zu können. Gleichzeitig müssen gemeinsame Ordnungs- und Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei und Ordnungsämtern eingeführt bzw. fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Licht ins Dunkeln bringen

Während der Fokus klar auf der Verbesserung der objektiven Sicherheit liegen muss, darf das subjektive Sicherheitsgefühl nicht außer Acht gelassen werden. Auch wenn die gefühlte Unsicherheit nicht immer mit der messbaren Unsicherheit übereinstimmt, stehen Vermeidungstendenzen einer Teilhabe aller Menschen am öffentlichen Leben entgegen.

Häufig können **bauliche Maßnahmen** wie der Abbau von Sichtbarrieren oder eine verbesserte Beleuchtung „Angsträume“ verhindern. **Beleuchtungskonzepte** sollten durch das Land gezielt gefördert werden. Außerdem sollten die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen, LGBTQI, Menschen mit Rassismuserfahrungen, Menschen mit Behinderung und Senior:innen besser ermittelt werden, um die Gestaltung öffentlicher Räume zu gestalten.

Weiterhin muss ein **Sonderprogramm für Bahnhofssanierungen** auf den Weg gebracht werden. Die Aufenthaltsqualität ist meist mangelhaft und gleichzeitig entstehen auch hier Angsträume. Wir fordern barrierefreie, saubere und sichere Bahnhöfe.

Empathie statt Ausgrenzung

Für die urbanen Lebensrealitäten gibt es keine einfachen Lösungen. **Polizeiliche Maßnahmen sind kein Mittel gegen Armut.** Menschen, die Hilfe brauchen, dürfen nicht weiter an den Rand der Gesellschaft geschoben werden. Deswegen ist ein **Weg der Empathie** notwendig, der die Ursachen in den Blick nimmt. Dazu gehört eine Stärkung der sozialen Träger, einen Ausbau der Sozialarbeit in den Städten und Gemeinden und bessere Partnerschaften zwischen den Akteur:innen vor Ort.

Der Umgang mit Obdachlosen erfordert individuelle Lösungen, die die Würde und Freiheit der Menschen achtet. Projekte wie beispielsweise die Forderung nach den Saarbrücker Nestern („Tiny Houses“) sollten als Modellprojekte erprobt und gefördert werden. Auch muss der Bereich der Suchtberatung, -prävention und -behandlung weiter ausgebaut werden.

Zusammenarbeit und Bürger:innennähe fördern

In den saarländischen Kommunen erleben wir ein vielfältiges und offenes Miteinander. Wir wollen die **Teilhabe von Bürger:innen**, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen sicherstellen. Nur im Dialog erreichen wir gemeinsam das Beste für die saarländischen Städte und Gemeinden. Die Stärkung der Orts- und Bezirksräte ist ein wichtiger Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Mehr finanzielle Mittel zur freien Verteilung könnten die Entscheidungsbefugnisse stärken. Die Interessen junger Menschen sollten durch eine Änderung des Kommunalen Selbstverwaltungsgesetzes (KSVG) hinsichtlich der landesweiten verpflichteten Einführung von Jugendräten mit Anhörungsrechten gestärkt werden. Auch die Vereine und das starke saarländische Ehrenamt spielen eine entscheidende Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Landesregierung muss die Kommunen aktiv dabei unterstützen, langfristige Förderungen für Vereine zu sichern. Eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Behörden und den Bewohner:innen unserer Kommunen ist von entscheidender Bedeutung. Um eine solche Einheit zu schaffen, bedarf es einer organisierten und kollaborativen Struktur zwischen den lokalen Akteur:innen. Hierbei sollten Schulen, Jugendhilfen, Polizei, Ausländerbehörden, Sozialämter und Stadtplanung besser zusammenarbeiten. Ein Beispiel hierfür sind Quartiersmanager, die den Austausch, Erfahrungen und die Verbesserung der gemeinsamen Anstrengungen der Akteur:innen innerhalb der Stadtteile fördern.

Feuerwehren wertschätzen

Brandschutz, technische Hilfe, Rettungsdienst und Zivil- und Katastrophenschutz leisten 365 Tage im Jahr ehrenamtlich ihre Hilfe. In vielen Orten fehlt jedoch eine **zeitgemäße und angemessene Ausstattung**. Auch die bauliche Infrastruktur ist häufig sanierungsbedürftig. Feuerwehrgerätehäuser müssten dringend auf den neusten technischen Stand gebracht werden. Feuerwehren, insbesondere auch die

Jugendfeuerwehr, leisten einen großen Beitrag zur Gemeinschaftsbildung in den Orten. Möglichkeiten zur Aus- und Fortbildung, die **Mittel der Jugendfeuerwehren und Trainingsangebote** sollten verstärkt gefördert werden. Zudem sollte die Möglichkeit zum deutsch-französischen Austausch der Löschbezirke gezielt gefördert werden. Fahrten zu Einsätzen sollten für die freiwillige Feuerwehr mit dem ÖPNV unbürokratisch und kostenlos möglich sein.

Cyberkriminalität bekämpfen

Die Anzahl von Cybersicherheitsangriffen steigt. Dabei geraten besonders kritische Infrastrukturen ins Visier von Angreifern. Kommunen und kommunale Stadtwerke müssen **IT-Sicherheitskonzepte** erstellen und dementsprechend Maßnahmen zum Schutz treffen. Das Land muss besonders die kleinen Kommunen dabei unterstützen, **Cybersicherheitsstrategien** zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse und Besonderheiten von Kommunen zugeschnitten sind und die eine Organisation von Cybersicherheitsmaßnahmen auf kommunaler Ebene möglich machen. Kommunale Entscheidungsträger:innen sollten besser sensibilisiert, beraten und unterstützt werden.

Fazit: Das Papier zeigt nur einen Querschnitt der relevanten innenpolitischen Themen auf, die für Kommunen relevant sind. Initiativen der SPD-Landesregierung bleiben bisher aus.

Jeanne Dillschneider ist Landesvorsitzende der saarländischen Grünen und Sprecherin der LAG Demokratie und Recht. Sie ist Co-Fraktionsvorsitzende im Saarbrücker Stadtrat und Bezirksratsmitglied in Saarbrücken-Mitte. Außerdem ist sie Sprecherin im Haupt- und Wirtschaftsausschuss sowie für Digitalisierung.



www.gruene-saar.de
presse@gruene-saar.de

Jeanne.dillschneider@gruene-saar.de